

Saarbrücken, den 22.05.2026

PRESSEMITTEILUNG

Zum Tag des Grundgesetzes am 23. Mai:

Kommunen sind die Werkstätten der Demokratie – Saarländische Städte und Gemeinden müssen in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden!

Anlässlich des Tages des Grundgesetzes am 23. Mai hebt der Saarländische Städte- und Gemeindetag (SSGT) die besondere Bedeutung der Städte und Gemeinden für das demokratische Zusammenleben hervor. Demokratie werde vor allem dort erlebbar, wo Menschen unmittelbar mit Politik und Verwaltung in Kontakt treten – vor Ort in den Kommunen.

Der Präsident des SSGT, Oberbürgermeister Prof. Dr. Ulli Meyer, und der Stellvertretende Präsident des SSGT, Oberbürgermeister Jörg Aumann, erklären hierzu:

„Unsere Städte und Gemeinden sind die Werkstätten der Demokratie. Hier erleben die Menschen tagtäglich, wie Demokratie funktioniert – in den Stadt- und Gemeinderäten, in Bürgergesprächen, in Vereinen und im Ehrenamt.

Das Zutrauen in die Demokratie schwindet, wenn Straßen kaputt sind, Hallen schließen, Kulturangebote wegfallen, Betreuungsplätze nicht ausreichen und Verwaltungsverfahren zu lange dauern und wenn sich immer weniger Ehrenamtler finden, die sich mangels Gestaltungsmöglichkeiten in den Räten für das Gemeinwohl einsetzen. Wer die Kommunen als Gestalter und als Werkstätten der Demokratie bewahren und stärken will, muss für handlungsfähige und lebendige Städte und Gemeinden sorgen!“ Hierfür seien neben einem Verständnis der Bundespolitik auf den Grundsatz „wer bestellt, bezahlt“ vor allem auch eine auskömmliche Finanzierung durch das Land und weitere Schritte für einen spürbaren Bürokratieabbau notwendig.

Der SSGT betont, dass die Kommunen in erster Linie eine **angemessene Finanzausstattung** benötigen:

„Das Sondervermögen Infrastruktur des Bundes ist sehr wichtig, um neue Investitionen zu tätigen, damit unsere öffentliche Infrastruktur nicht weiter verfällt; wie gehen die Umsetzung gemeinsam mit dem Land entschlossen an. Damit ist aber die strukturelle Unterfinanzierung der saarländischen Städte und Gemeinden nicht gelöst. Um die Investitio-

nen zu tätigen sind vielmehr auch die notwendigen personellen und organisatorischen Ressourcen erforderlich. Die saarländischen Kommunen brauchen endlich strukturell eine auskömmliche Finanzierung. Landesregierung und Landtag sind gefordert, noch in dieser Legislaturperiode den **kommunalen Finanzausgleich** entsprechend zu reformieren. Die nächsten Wochen sind hierfür entscheidend.“

Die Verbandsvertreter verweisen zudem auf die Bedeutung des **Bürokratieabbaus**: „Demokratie braucht handlungsfähige Verwaltungen und weniger unnötige Bürokratie. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich bisherige Schritte des Landes, insbesondere die Erleichterungen in der Landesbauordnung und im Vergaberecht. Das sind wichtige Maßnahmen gewesen.“ Gleichzeitig sei aber klar, dass weitere Schritte folgen müssten: „Wir brauchen jetzt einen echten kommunalen Befreiungsschlag beim Bürokratierückbau. Der SSGT hat gegenüber der Landesregierung, die Idee eines **kommunalen Reglungsbefreiungsgesetzes** nach dem Vorbild Baden-Württembergs angeregt. Es geht darum, den Kommunen wieder mehr Freiheit und Verantwortung zu geben. Zudem gehören viele Berichtspflichten auf den Prüfstand.“

Der SSGT betont abschließend, dass starke Kommunen eine Grundvoraussetzung für Vertrauen in Staat und Demokratie seien. Demokratie beginne nicht abstrakt, sondern konkret vor Ort – in den Städten und Gemeinden des Saarlandes.